

Wessen Gedenken?

Am 16. Oktober jährt sich zum 80. Mal der erste Deportationszug mit Juden aus Luxemburg ins Ghetto Litzmannstadt. Doch schon im Vorfeld erregen ein paar Stolpersteine Anstoß in der hiesigen Erinnerungskultur.

Die 323 jüdischen Bürger, die sich am 16. August 1941 am Luxemburger Hauptbahnhof einfinden mussten, um nach Polen „ausgesiedelt“ zu werden, sollte ein schreckliches Schicksal ereilen. Bis zuletzt hatte man sie getäuscht und ihnen gesagt, sie sollten nur das Nötigste in einem Koffer mit einem Gewicht bis zu 50 Kilogramm Gepäck mitnehmen. Als der Zug kurz nach Mitternacht, also am 17. Oktober 1941, den Bahnhof verließ, wusste niemand, dass nur elf der 323 Passagiere den Massenmord der Nazis überleben würden.

Der Sondertransport war der dritte von insgesamt 20 aus unterschiedlichen Städten nach Lodz, von den Deutschen in Litzmannstadt umbenannt – und der erste Deportationszug aus Luxemburg. Er erreichte sein Ziel am 18. Oktober, am 16. war einer aus Wien und am 17. einer aus Prag angekommen. Etwa 190 Juden aus Trier und der deutschen Grenzregion kamen noch hinzu. Wer nicht schon aufgrund der ungenügenden Ernährung und der katastrophalen Hygienezustände im Ghetto von Lodz starb, der wurde in dem ersten industriell betriebenen Vernichtungslager in Chelmo (Kulmhof), einem Dorf ungefähr 60 Kilometer von Lodz entfernt, ermordet. Dies beschreibt Mil Lorang in seinem Buch „Luxemburg im Schatten der Shoah“ (2019). Der Autor erwähnt auch, dass in Chelmo zwischen Dezember 1941 und März 1943 sowie im Sommer 1944 mehr als 150.000 jüdische Personen, davon 77.000 Ghettoinsassen, sowie 4.300 Sinti und Roma „in extra für diesen Zweck hergerichteten Lastkraftwagen durch Auspuffgase getötet“ wurden.

Zuerst waren es Alte, Kinder und Kranke, während die Arbeitsfähigen in einer der mehr als hundert Werkstätten

im Ghetto zur Arbeit gezwungen wurden, bis im Frühjahr 1944 der „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler entschied, das Ghetto zu liquidieren und die etwa 75.000 „Restjuden“ zu ermorden. Von diesen wurden 7.000 in Chelmo durch Auspuffgase getötet und 68.000 wurden im August 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert, wo die meisten in den Gaskammern ermordet wurden. Der ersten Deportation aus Luxemburg nach Osten, euphemistisch „Aussiedlung“ genannt, folgten bis zum 17. Juni 1943 sechs weitere. „Von den 658 direkt aus Luxemburg Deportierten überlebten 44 Menschen den Holocaust“, schreibt Lorang. „Insgesamt wurden ca. 1.300 jüdische Einwohner Luxemburgs Opfer des Völkermords.“ Unter den 323 Juden des ersten Deportationszuges befanden sich übrigens 46 Kinder unter 15 Jahren, der Jüngste war nicht einmal ein Jahr alt.

In den nächsten Tagen wird mit einigen Gedenkveranstaltungen an die Verfolgung der Juden in Luxemburg und an die Deportation der jüdischen Einwohner in die Konzentrations- und Vernichtungslager erinnert (siehe Kasten Seite 16), so zum Beispiel mit einer Ausstellung über das Ghetto Litzmannstadt, mit einem Gedenkkonzert in Fünfbrunnen und mit der Einweihung eines „Koffermonuments“ in Medernach. Parallel dazu erscheint eine

Broschüre „Die Fahrt in den Tod. Luxemburg – Trier – Litzmannstadt“, herausgegeben von der deutsch-luxemburgischen Initiative „Grenzenlos gedenken“.

Lange Zeit hat die Deportation und Ermordung der jüdischen Einwohner Luxemburgs kaum Erwähnung gefunden, kritisiert Henri Juda, der frühere Präsident der MemoShoah asbl sowie Mitkoordinator von „Grenzenlos gedenken“. Auch sei der Todeszug nach Lodz weitgehend in Vergessenheit geraten, ein Gedenken habe nicht stattgefunden, kann Marc Schoentgen bestätigen, Direktor des Zentrums für politisch Bildung – bis seiner Insassen zum 75. Jahrestag am 16. Oktober 2016 endlich gedacht wurde, mit einer Gedenkveranstaltung am hauptstädtischen Bahnhof, bei der neben Großherzog Henri, Premierminister Xavier Bettel und dem damaligen Parlamentspräsidenten Mars Di Bartolomeo weitere Politikprominenten zugegen war. Erst im Jahr zuvor, am 9. Juni 2015, hatten sich die Abgeordnetenkammer und die Regierung offiziell bei der jüdischen Gemeinschaft entschuldigt.

Henri Juda verweist auf einen anderen Transport, der anderthalb Tage vor dem Todeszug nach Lodz begann: Am 15. Oktober 1941 brach ein Konvoi mit Bussen nach Westen in Richtung Paris auf. Die Reise sollte via Frankreich und

Lange Zeit hat die Deportation und Ermordung der jüdischen Einwohner Luxemburgs kaum Erwähnung gefunden.



Heinrich Himmler (rechts) in Luxemburg

Spanien nach Portugal führen. Der Autor Paul Cerf hatte für sein Buch „L'Étoile juive au Luxembourg“ (1986) genau recherchiert, wie diese Reise, organisiert von der jüdischen Kultusgemeinde und der Gestapo, verlief. Es stellte sich heraus, dass es die letzte Gelegenheit für die Juden Luxemburgs war, das Land auf legalem Wege zu verlassen – sowie den Nazis und dem Tod zu entkommen.

Doch dazu die Vorgeschichte: Die deutschen Besatzer hatten unter dem Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Gustav Simon, am 5. September 1940 mit der „Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Judenrechts“ eine Reihe von antisemitischen Verordnungen im Großherzogtum eingeführt, so auch die Nürnberger Rassengesetze. „Bis Herbst 1941 blieben Zwangsausweisung und Vertreibung der Juden Luxemburgs die Grundlinie der antisemitischen Politik“, erklärt der Historiker Schoentgen.

Weil sich die Lage der Juden seit Beginn der deutschen Besatzung dramatisch verschlechtert hatte, stellten viele einen Visums-Antrag für die USA, was mit langwierigen Prozeduren, der Besorgung von Schiffstickets und Transitvisa, aber auch einer notwendigen Bürgschaft in den USA verbunden war. Zudem verfügten die meisten kaum noch über die finanziellen Mittel. Ihre Konten waren

eingezogen, jüdische Betriebe „arisiert“, Vermögen beschlagnahmt, Möbel und Hausrat geraubt und öffentlich versteigert worden. Unter anderem über die Hilfsorganisation „American Jewish Joint Distribution Committee“ (kurz: Joint) konnten sie zumindest diesen Betrag zusammenbringen. Auf diese Weise verließen zwischen August 1940 und Mitte Oktober 1941 noch etwa 1.450 Juden Luxemburg auf „legale“ Weise, die letzten an jenem 15. Oktober 1941.* Zu diesem Zeitpunkt lebten in Luxemburg nur noch 750 Juden. Das jüdische Konsistorium hatte bereits zuvor immer wieder Berichte über die Auswanderungsaktionen in Luxemburg an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und an die Gestapo schicken müssen. Einem Rapport vom 5. Mai 1941 zufolge gab es in jener Zeit noch 947 jüdische Personen im Land.

Am Tag nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hatte das amerikanische Konsulat der jüdischen Gemeinde mitgeteilt, dass es laut Anweisung keine Visa mehr ausstellte. Das US-Konsulat wurde geschlossen. Im Juli erließ Gauleiter Simon eine Verordnung, der zufolge Juden keine Gaststätten, Kinos, Theater, öffentlichen Veranstaltungen, Badeanstalten und Sportplätze mehr besuchen durften. Nach 19 Uhr durften sie nicht mehr die Straßen betreten, Einkaufen

war ihnen nur von 9 bis 11 Uhr erlaubt, außerdem mussten sie eine gelbe Armbinde am linken Arm tragen, vom 17. Oktober 1941 an einen Judenstern ab dem Alter von sechs Jahren.

Am 17. Oktober 1941 erschien schließlich in den luxemburgischen Zeitungen die Meldung, dass „Luxemburg judenfrei“ sei. „Nur einige wenige, zumeist Kranke und Altersschwache, bleiben zurück“, heißt es darin. „Auch sie werden von den deutschen Volksgenossen getrennt und in einem abgelegenen gemeinsamen Heim untergebracht.“ Gemeint war das im August 1941 eröffnete „Jüdische Altersheim Fünfbrunnen“, so der offizielle Name, das als Sammel- und Internierungslager für die Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager diente. Auf dem Gelände des Klosters Fünfbrunnen erinnert heute ein Denkmal daran.

Die Juden, die in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober 1941 deportiert wurden, hatten übrigens den Bescheid der „Aussiedlung“ genau an jenem 10. Oktober erhalten, als Gauleiter Simon eine Personenstandsaufnahme durchführen ließ (siehe Interview auf Seite 18). Damit sollten sich die Einwohner Luxemburgs zum Deutschtum und zur deutschen Sprache bekennen. Doch daraus wurde für die deutschen Besatzer ein

Fiasko: Bei drei Fragen zu „Staatsangehörigkeit“, „Muttersprache“ und „Volkszugehörigkeit“ sollten die Luxemburger „Deutsch“ angeben. Bei Stichproben stellte sich jedoch heraus, dass 95 Prozent diese Anweisung nicht befolgt hatten. Sie hatten „Luxemburgisch“ angegeben. Allerdings dürfte die Zahl eine „Legende“ sein, wie Henri Juda sagt, denn unterdessen hatte bis Oktober 1941 die „Volksdeutsche Bewegung“ in Luxemburg bereits rund 70.000 Mitglieder.

Die Tragweite der Personenstandsaufnahme sei enorm gewesen, erklärt Marc Schoentgen vom Zentrum für politische Bildung. Simon blies die Aktion ab. Das Ereignis wurde nach 1945 zu einem Referendum hochstilisiert. Und der 10. Oktober wurde bereits 1946 als nationaler Gedenktag gefeiert. Derweil gab es für eine aktive Hilfe und Solidarisation gegenüber den verfolgten jüdischen Mitbürgern seitens der nichtjüdischen Bevölkerung nur wenige Beispiele. Doch wie konnte es sein, dass sich die antisemitische Praxis, die Vertreibung und schließlich die Deportation nahezu unbemerkt im Verborgenen abspielten? Dies wurde erst allmählich aufgearbeitet. Seit 1996 erinnert das Mémorial de la Déportation an die deportierten Juden, Resistenzler und Zwangsrekrutierte.

„Hier wurde bewusst das Wort Deportation auf die Zwangsrekrutierung als eine ‚déportation militaire‘ bezogen“, kritisiert Henri Juda. „Der Text auf dem Monument bezieht sich quasi ausschließlich auf die Zwangsrekrutierung. Die Juden werden nicht erwähnt. Später wurde noch mit einem Davidstern das Verbrechen der Shoah ‚miteingebaut‘.

Eigentlich nicht um an die Judendeportation zu erinnern, sondern um die Zwangsrekrutierung auf das gleiche Niveau zu heben“, so Juda.

Den Stein ins Rollen hinsichtlich einer professionellen Aufarbeitung der luxemburgischen Kollaboration bei der Judenverfolgung brachten vor allem im vergangenen Jahrzehnt unter anderem Denis Scuto, Vincent Artuso und Renée Wagener. Die Historiker brachten unter anderem Belege dafür zutage, dass bereits 1940 Listen von polnischen Juden sowie von jüdischen Kindern hierzulande von der luxemburgischen Verwaltungskommission erstellt worden waren. Das Denkmal „Kaddish“, eine Granit-Skulptur des Künstlers Shelomo Selinger zur Erinnerung an die Opfer der Shoah, wurde am 17. Juni 2018 in der Hauptstadt errichtet, genau 75 Jahre nachdem der letzte Deportationszug den Luxemburger Hauptbahnhof in Richtung Osten verlassen hatte.

Kritiker sprechen von einer „Vermischung der Opferkategorien“.

An das Schicksal vor allem jüdischer, aber auch anderer Opfer des Nationalsozialismus erinnern mittlerweile in vielen Ländern sogenannte Stolpersteine (Stolpersteng). Ein erster dieser Gedenksteine des Berliner Künstlers Gunter Demnig wurde hierzulande im Januar 2013 in

Ettelbrück vor dem letzten selbst gewählten Wohnort der Opfer in das Straßenpflaster verlegt. Es folgten Stolpersteine in Beles, Differdingen, Esch, Grevenmacher und Remich. Zuerst waren es nur jüdische Opfer, später im Jahr 2015 folgten in Mondorf auch Widerstandskämpfer. Zuletzt auch wieder in der Kurstadt am vergangenen Wochenende. Eine Aktion hat erst jüngst im September Aufsehen erregt und sogleich für Streit gesorgt: In Junglinster hatte Demnig 15 der kleinen Gedenktafeln verlegt – vier für Juden und erstmals elf für Zwangsrekrutierte.

Kritiker sprachen von einer „Vermischung der Opferkategorien“. Für „MemoShoah“ kann das Leid der verschiedenen Gruppen – Juden, Widerstandskämpfer und Zwangsrekrutierte – nicht gleichgesetzt werden. Während die einen auf der Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit der Shoah als geplante industrielle Vernichtung beharren und die Unterschiede hervorheben, dass die Juden Opfer eines Genozids waren und die Zwangsrekrutierte Kriegsoffer bzw. Opfer eines Kriegsverbrechens, wie es Mil Lorang unterscheidet, heißt es von der anderen Seite: „Ich sehe nicht, warum einer mehr Opfer sein soll als der andere. Die Juden besitzen keine Exklusivität“, wird Joseph Lorent von der „Fédération des Enrôlés de Force“ von dem Online-Magazin reporter.lu zitiert.

Vergleichsweise versöhnlich klingen da die Worte von Claude Wolf, der Präsidentin des Comité pour la Mémoire de la Deuxième Guerre Mondiale: „Natürlich muss die jüdische Geschichte im Erinnerungsprozess eine größere Wichtigkeit bekommen, aber nicht gegen die

anderen“, ebenso zitiert aus reporter.lu. Die Konsenshaltung von einer gemeinsamen Erinnerungsarbeit entspricht auch der Position des Premierministers. Doch führt es auch notgedrungen zur Lösung des Konflikts? „Wir waren alle Opfer“ zu sagen, wäre zu einfach. Es sei auch keine Frage des Gegeneinanders, sondern des korrekten Einordnens, so Henri Juda. Das Leid des Einzelnen sei nicht in Konkurrenz zu setzen. Der Gründungspräsident von MemoShoah fügt hinzu: „Wenn aber der Opfergruppen gedacht wird, muss doch der geschichtlichen Wahrheit Rechnung getragen werden.“ Marc Schoentgen vom Zentrum für politische Bildung sieht in dieser Hinsicht noch eine Menge Vermittlungsarbeit mit Differenzierungspotenzial. Schließlich war das jüdische Leid ein anderes als das der Widerstandskämpfer und Zwangsrekrutierte.

Eine Differenzierung – und zwar jene zwischen NS-Opfern und Kriegsopfern – unternimmt Mil Lorang. In einem im Tageblatt am 18. September veröffentlichten Artikel erklärt er, „wie sich 76 Jahre nach Kriegsende ein Luxemburger Missverständnis in der Gedenkkultur niederschlägt“. Beim Judenmord handelt es sich um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er zitiert die Philosophin Hannah Arendt, nach der es sich bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht bloß um Verbrechen handele, die „durch keine militärische Notwendigkeit gerechtfertigt werden können“, sondern um „Handlungen, die in Wirklichkeit mit der Kriegführung nichts zu tun hatten“.

Statt NS-Gewaltverbrechen von Kriegsverbrechen abzugrenzen, wie zum Beispiel in der deutschen Rechtsprechung seit der Nachkriegszeit, seien hierzulande damals alle Verbrechen des NS-Staates mit dem Begriff Kriegsverbrechen bezeichnet worden. Erst am 27. Februar 2012 wurden „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Völkermord“ ins Luxemburger Strafbuch aufgenommen. Auch wenn die Zwangsrekrutierte-Föderation den Titel „Victimes du nazisme“ führe, „kann es sich dabei lediglich um eine auf subjektivem Empfinden basierende Selbstdarstellung handeln“, bar aller historischer Tatsachen. Die Stolpersteinverlegung von Junglinster sei daher ein bedauerlicher Präzedenzfall, der ein Opfer-Amalgam schaffe, so Lorang.

Text: **Stefan Kunzmann** \ Fotos: **Bundesarchiv, Philippe Reuter, Tania Feller (Editpress)**



Henri Juda



Stolpersteine in Differdingen



Mahnmal in Fünfbrunnen

Gedenkveranstaltungen

- 8.10.2021:** Eröffnung der Ausstellung „Das Ghetto Litzmannstadt – an der Schwelle zum Tode“, Villa Pauly, in Anwesenheit des Premierministers (bis 22. Januar 2022)
- 15.10.2021:** Gedenken am Hauptbahnhof Luxemburg-Stadt, 14 bis 15 Uhr
- 16.10.2021:** Gedenken in Trier, Hauptbahnhof (organisiert von «Grenzenlos gedenken»)
- 17.10.2021:** Gedenkkonzert in Fünfbrunnen, 16 Uhr (in Partnerschaft mit dem „Klunge Maarnicher Festival“)
- 18./19.10.2021:** Schulvisiten in Fünfbrunnen (organisiert vom Zentrum für politische Bildung)
- 18.10.2021:** Konferenz „Forum Z: What is remembered lives. Memoire de la Shoah a l'ère digitale“ (organisiert von Uni.lu/ C2DH et FLMS), 15 bis 18 Uhr
- 24.10.2021:** Einweihung des Mahnmals „Koffermonument“ in Medernach

Informationsbroschüre „Die Fahrt in den Tod. Luxemburg-Trier-Litzmannstadt“ veröffentlicht von „Grenzenlos gedenken“ (herausgegeben vom Comité Auschwitz, MemoShoah und deutschen Partnern). Zu erhalten ab 15.10.2021.

* Nach der von Paul Cerf zitierten geflohenen Jüdin aus Ettelbrück wurde der Konvoi vom 15. Oktober 1941 der deutschen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) begleitet. Ihre Reise führte über Hendaye und Biarritz nach Kuba und dauerte bis 8. Mai 1942, also fast sieben Monate. Das Visum für die USA erhielt sie erst am 8. Januar 1945.

„Zwei Narrative prallen aufeinander“

Der Historiker Vincent Artuso erklärt die Bedeutung des dreimaligen Neins bei der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober 1941 für den nationalen Mythos Luxemburgs.

Warum wurde die Personenstandsaufnahme am 10. Oktober 1941 durchgeführt?

Der Gauleiter Gustav Simon wollte, wie es in den damaligen deutschen Quellen heißt, die „völkischen Verhältnisse“ in Luxemburg „klären“. Als er im August 1940 nach Luxemburg kam und seine erste Rede auf der Place d'Arme gehalten hatte, hatte er verdeutlicht, dass die Luxemburger selbstverständlich deutsch seien und dass nur die „französische Tünche“ wegmüsse, die ihnen aufgetragen worden sei. Simon, der übrigens im Dezember 1940 zum Stellvertreter des Reichskommissars für die Kräftigung des deutschen Volkstums (RKFDV), Heinrich Himmler, ernannt wurde, musste jedoch feststellen, dass die Lage komplizierter war. Viele Luxemburger konnten vom nationalsozialistischen Standpunkt aus keineswegs als Deutsche angesehen werden: zum Beispiel jene mit italienischen Wurzeln; andererseits gab es in Luxemburg Volksdeutsche, die keine Luxemburger waren, wie zum Beispiel Elsässer, Lothringer oder Belgier aus dem Arelor Land. So galt es festzustellen, wer im „Grenzland Luxemburg“, das als Bollwerk nach Westen bezeichnet wurde, als deutsch gelten konnte. Deshalb wurde den Einwohnern Luxemburgs im Rahmen einer Personenstandsaufnahme ein klassischer, administrativer Fragebogen unterbreitet, in den drei Fragen nach der Staatsangehörigkeit, der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache eingefügt worden waren.

Und 95 Prozent antworteten dreimal mit Luxemburgisch?

Das ist das Nachkriegsnarrativ. Manche Publikationen schrieben sogar 97 Prozent, andere 93 Prozent. Dafür gibt es aber keine Belege. Es ist ein Mythos. Was jedoch feststeht, ist, dass die jungen Widerstandsorganisationen eine sehr aktive Gegenpropaganda betrieben hatten und dass die Personenstandsaufnahme abgeblasen werden musste, nachdem ersichtlich wurde, dass sie negativ ausgehen würde. Für den Gauleiter wäre es ein Super-GAU gewesen.

Aber warum rebellierten jetzt so viele Luxemburger?

Diese Frage stellte sich in der Tat. Genau ein Jahr zuvor, im Oktober 1940, war es noch anders gewesen, als es einen panikartigen Run auf die Volksdeutsche Bewegung (VDB) gegeben hatte. Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass es ein Ausdruck des Patriotismus war. Betrachtet man aber den historischen Kontext, muss man bedenken, dass drei Monate vorher der deutsche Angriff auf die Sowjetunion begonnen hatte, der Ostfeldzug. Der Krieg war in eine zweite

Phase gegangen. Es ging also die Angst in Luxemburg um, dass junge Luxemburger in die Wehrmacht eingezogen würden. Dafür gab es ja auch Hinweise. Der Reichsarbeitsdienst (RAD), eine Art Vorstufe zum Militärdienst, war im Februar eingeführt worden und seit Mai Pflicht. Ab August wurden die ersten Jahrgänge für den RAD gemustert. Und wenn nun die meisten Luxemburger, nach der Personenstandsaufnahme, zu Deutschen erklärt worden wären, dann hätten sie auch die Pflicht gehabt, der Wehrmacht beizutreten. Dies war jedoch eine rote Linie, die sie nicht zu überschreiten bereit waren. So gesehen sind die Ereignisse im Oktober 1941 ein Vorgeschmack der Streikbewegungen im September 1942 und der Desertationswelle ab dem Frühjahr 1943.

Später wurde die Personenstandsaufnahme häufig als Referendum bezeichnet.

Die Luxemburger hatten zuvor bereits zweimal mit Referenden zu tun: 1919 über die Staatsform und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Belgien oder Frankreich, sowie 1937 über das sogenannte Maulkorbgesetz. Meine Hypothese ist die, dass sich die demokratische Logik schon damals so weit im Denken vieler Luxemburger verankert hatte, sodass das Narrativ vom Referendum, das von der Gegenpropaganda der Widerstandsorganisationen geprägt worden war, leicht aufgenommen wurde.

Am selben Tag, dem 10. Oktober, erhielten die 323 Juden, die sechs Tage später aus Luxemburg deportiert werden sollten, den Bescheid zur Deportation.

Genau, das war ein anderer Aspekt der „Klärung der völkischen Verhältnisse“ – oder anders ausgedrückt: der ethnischen Säuberung – die das NS-Regime im Oktober 1941 in Luxemburg durchführte. Den Bescheid erhielten sie vom Jüdischen Konsistorium im Auftrag der Gestapo. Mitnehmen durften sie nur einen Koffer. Am Tag zuvor war noch ein letzter Konvoi nach Westen aufgebrochen, der Juden nach Spanien brachte, unter ihnen Vertreter des Konsistoriums.

„Die jüdischen Opfer wurden lange wie eine Minderheit betrachtet und standen am Rand der Mainstream-Gedenkkultur.“



Vincent Artuso

Der Historiker beschäftigt sich vor allem mit der Geschichte Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg. 2013 wurde seine Dissertation über die Kollaboration im Großherzogtum während der deutschen Besetzung publiziert. Von der Regierung beauftragt, zur Kollaboration der Luxemburger Behörden an den Judenverfolgungen der deutschen Zivilverwaltung zu forschen, überreichte er 2015 den sogenannten Artuso-Bericht, der die Abgeordnetenkammer dazu bewegte, sich offiziell bei der jüdischen Gemeinschaft zu entschuldigen.

Wann wurde erstmals an den Genozid an den Juden erinnert?

1969 wurde in Fünfbrunnen ein Denkmal für die Opfer des Holocausts eingeweiht. Doch diese Opfer wurden lange wie eine Minderheit betrachtet und standen am Rand der Mainstream-Gedenkkultur. Der Genozid an den Juden gehörte nicht zum Luxemburger Narrativ. Stattdessen besagte dieses, dass Luxemburg und sein kleines, friedliches, katholisches Volk während des Zweiten Weltkrieges um sein Überleben kämpfen musste und durch seine Opfer bewiesen habe, dass es tatsächlich ein eigenes Volk sei. In diesem Narrativ spielten die Zwangsrekrutierten eine zentrale Rolle. Das ist zum Beispiel eines der Hauptthemen in Paul Dosterts Dissertation „Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe“. Die Nachkriegsgesellschaft musste sich mit der Idee zurechtfinden, dass mehr als 3.000 junge Menschen in fremder Uniform, in einem Krieg, der sie nichts anging, gestorben waren. So entstand das Narrativ, dass die Zwangsrekrutierten aufgeopfert werden mussten, damit das Land leben konnte. Es ist ein Holocaust-Narrativ – Holocaust bedeutet Opfer auf Griechisch – im biblischen Sinne. Und der ergab Sinn in einer katholischen Gesellschaft.

Es gibt also neben dem Holocaust einen luxemburgischen Opfermythos?

Ja, und die prallen aufeinander und schließen sich aus, weil sie identisch sind. Man mag behaupten, dass die Zwangsrekrutierten Opfer eines Kriegsverbrechens und die Juden Opfer eines Genozids waren; dass beide Verbrechen nicht vergleichbar sind. Und das ist aus rechtlicher oder geschichtlicher Sicht richtig. Memoriell gesehen ist es aber komplizierter. Das Narrativ, das sich auf Seite der

Organisationen der Zwangsrekrutierten durchgesetzt hatte, und zum Teil ja auch lange von der Geschichtsschreibung validiert wurde, sah nämlich in der Zwangsrekrutierung eine Modalität der Ausrottung des Luxemburger Volkes. Die Wurzeln dieser Interpretation gehen auf die Besatzungszeit zurück. In einer Untergrundzeitung der „Lëtzebuerger Patriotenliga“ (LPL) aus dem Jahr 1943 war zu lesen, dass die Deutschen dabei seien, ein ganzes Volk auszurotten. Es wurde aber explizit hervorgehoben, dass nicht die Juden gemeint waren, sondern die Luxemburger. Eine junge Historikerin namens Laura Hilbert hat für ihre Masterarbeit vor ein paar Jahren herausgefunden, dass der Begriff Genozid in der Abgeordnetenkammer zum ersten Mal Anfang der 60er Jahre von dem sozialistischen Abgeordneten Romain Fandel in Zusammenhang mit den Zwangsrekrutierten benutzt wurde. Er verteidigte die These, dass die Zwangsrekrutierung eine „diabolische Waffe“ war, die dazu diente, die Luxemburger auszurotten. Damals hat diese These niemanden schockiert. Sie setzte sich allmählich durch in einem Kontext, in dem die Zwangsrekrutierten um die Anerkennung ihrer Leiden kämpften und einen Status vergleichbar mit dem der Resistenzler forderten. Deshalb gab es den ersten Erinnerungsstreit zwischen Resistenzlern und Zwangsrekrutierten.

Und den zweiten zwischen Letzteren und der jüdischen Gemeinschaft?

Ja. Die Vertreter der Zwangsrekrutierten befürchten nun, dass ihre Erinnerungsarbeit von der Erinnerungsbewegung an die Shoah verdrängt wird. Viele Jahre haben sie dafür gekämpft. Und jetzt sehen sie ihre Errungenschaft bedroht. \